

Siemens beteiligt ist, und beschäftigen keine Arbeitsmediziner. Nur Arbeitsmediziner können jedoch eine Berufskrankheit feststellen. Nach Informationen der französischen Menschenrechtsorganisation „Association Sherpa“ diagnostizierten die Ärzte bei Krebskranken fast durchweg AIDS. Einen Zusammenhang mit dem Uranbergbau leugneten die Ärzte. Die IPPNW fordert daher unabhängige medizinische Studien.

Die Behauptung der deutschen Bundesregierung, Uran werde derzeit überwiegend aus

politisch stabilen Ländern importiert, ist falsch. In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linken nennt die Bundesregierung für das Jahr 2006 folgende Ursprungsländer: Kanada (28 Prozent), Rußland (21 Prozent), Südafrika (10 Prozent), Australien (10 Prozent), Tschechische Republik (6 Prozent), USA (5 Prozent) und Usbekistan (4 Prozent). Die Arbeitsgruppe Energierohstoffe des Bundeswirtschaftsministeriums gab am 29. März 2006 folgende Zahlen für das Jahr 2004 an: Kanada (28 Prozent), Australien (23,1 Prozent), Kasach-

stan (9,1 Prozent), Niger (8,1 Prozent) und Rußland (7,9 Prozent). Zu den fehlenden 23,8 Prozent wurden erst gar keine Angaben gemacht.

Auch in den sogenannten politisch stabilen Ländern zeigt sich die schmutzige Seite der Atomenergie. In den USA haben die Navajo-Indianer in Colorado das „Komitee für die Opfer der Uranstrahlung“ gegründet und in zähen Gerichtsverfahren Wiedergutmachung für die Opfer erkämpft. Viele Betroffene haben Leukämie, Haut- und Lungenkrebs. In Australien gab es

seit 1981 etwa 150 Dammrisse und Überschwemmungen bei den Uranabbauhalden. Nach offiziellen Angaben sickern täglich rund 100.000 Liter kontaminiertes Wasser aus der Ranger Mine im Northern Territory ins Umland.

Benjamin Paaßen, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW): „Die Versorgung Deutschlands mit Uran“, Berlin 21.07.2010, www.ippnw.de/com-monFiles/pdfs/Atomenergie/uran_deutschland_2009.pdf ●

Atommüll

Bergleute für Gorleben gesucht

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg fragt das Bundesamt für Strahlenschutz: „Was soll in Gorleben ‚zügig‘ bewegt werden? Salz oder Papier?“

Reviersteiger, Bohrtechniker, Bergmechaniker, Fördermaschinenisten... – die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt, „spätestens zum 10.10.2010, zunächst befristet“ neues Personal. Zum Beispiel Reviersteiger für den Grubenbetrieb. Wer sich die Stellenausschreibungstexte unter www.dbe.de anschaut, wird hellhörig: die Reviersteiger Grubenbetrieb werden für die Unterhaltung vorhandener und für das Auffahren „neuer Grubenbaue“ eingestellt. Zur gewünschten Qualifikation gehören „Erfahrung im Bergbau, insbesondere im Streckenvortrieb und in der Unterhaltung von Grubenräumen mit im Kali- und Steinsalzbergbau eingesetzten Großgeräten und Techniken. Erfahrungen bei der Durchführung von Sprengarbeiten und der Besitz einer Sprengberechtigung sind wünschenswert“, heißt es in der Ausschreibung.

Für die Bundesregierung ist das Ziel in Gorleben klar: Ab 1. Oktober 2010 soll die sogenannte untertägige Erkundung „zügig“ wieder aufgenommen werden. Der Antrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), mit dem das Gorleben-Moratorium aufgehoben werden soll, ist bemerkenswert kurz. Auf zwei Seiten wird gefordert, den veralteten Rahmenbetriebsplan aus dem Jahre 1983 fortzuschreiben. Zugleich wird über einen eingereichten Hauptbetriebsplan entschieden, mit dem die weitere untertägige „Erkundung“ und damit Baumaßnahmen ermöglicht werden. Selbst wenn ab dem 1. Oktober 2010 in Gorleben nicht gleich die Baumaschinen anrollen und der Weiterbau nur zögerlich vonstatten gehe, ist damit klar, allein Gorleben soll als nukleares Endlager ausgebaut werden, scheinbarweise, unter dem Etikett „Erkundung“. Wird der Antrag des Bundesamtes für

Strahlenschutz (BfS) beim Niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) positiv beschieden, wollen die Gorleben-Gegner die wachsende politische Unruhe auf die Straße tragen. „Gorleben gehört auf den Misthaufen der Nukleargeschichte“, heißt es seitens der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) trotzig. Zwar hatte das Bundesumweltministerium (BMU) kürzlich eingeräumt, daß in Gorleben zunächst weniger Salz als Papier bewegt würde: zunächst sollten „Restarbeiten“ im Erkundungsbereich 1 zu Ende geführt werden, um eine vorläufige Sicherheitsanalyse zu fertigen. Dieser Mitteilung begegnen die Gorleben-Gegner mit Argwohn. BfS-Sprecher Florian Emrich präzisiert gegenüber der BI: „Auf der so-

genannten nördlichen Richtstrecke im Erkundungsbereich 1 sind weitere Bohrungen erforderlich. Außerdem wird dort vermutlich ein größerer Querschnitt hergestellt werden, der in den meisten Bereichen des Erkundungsbereichs 1 schon vorhanden ist.“ Angedacht sei auch, daß „von den auf der 840 m-Sohle gelegenen Stollen in einem späteren Schritt weitere Bohrungen in tiefere Schichten vorgenommen werden.“ Emrich räumte ein, daß im beantragten Hauptbetriebsplan, der bis zum 30.09.2012 befristet ist, sehr wohl auch erste Arbeiten für den angrenzenden Erkundungsbereich 3 beantragt sind. Im Unterschied zu den Maßnahmen im ersten Erkundungsbereich 3 aber noch keine konkreten Planungen. **Wolfgang Ehmke ●**

Atommüll

Die Brennstäbe der „Otto Hahn“ sind jetzt in Frankreich

Atommüll-Transporte verlaufen ungesichert

Erst im zweiten Anlauf konnten die alten Brennstäbe des Atomfrachters „Otto Hahn“ ins Kernforschungszentrum

Cadarache in Südfrankreich transportiert werden. Bei einem ersten Transportversuch am 9. Juli 2010 erwies sich

ein Behälter als undicht und wies Druckverluste auf. Erst zwei Tage später um 15 Uhr konnte deshalb die 1.500 Kilometer weite Transportfahrt beginnen. Wie in der Juli-Ausgabe des Strahlentelex ausführlich berichtet, lagerten die Brennstäbe der „Otto Hahn“ seit 30 Jahren auf dem Gelände der GKSS bei Hamburg. Im Kernforschungszentrum Cadarache sollen sie nun zusammen mit Brennstoff aus dem früheren Reaktor des Kernforschungszentrums Karlsruhe in Castor-Behälter verpackt und dann schließlich ins Zwischenlager Nord in Lubmin bei Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern gebracht werden.

Ihre Atommülltransporte führt die GKSS offenbar regelmäßig ohne weitere Absicherungen durch. In der Nacht zum 10. August 2010 stoppten Umweltaktivisten kurzzeitig einen Transport mit 45 Brennelementen aus dem Forschungsreaktor FRG-1, den die GKSS am 28. Juni 2010 außer Betrieb genommen hatte. Die Aktivität der Brennelemente wurde mit 1.620.000 Terabecquerel angegeben. Ziel der nächtlichen Atomfahrt war Bremerhaven. Dort wurden die ausgemusterten Brennelemente auf das Spezialschiff „Atlantic Osprey“ verladen, mit Ziel Charleston an der Ostküste des US-Bundesstaates South Carolina. An Bord des Schiffes war bereits Atommüll aus der Schweiz. In South Carolina sollen die Brennelemente wieder aufbereitet werden.

„Das ist eine Tour, wie sie immer mit unseren abgebrannten Brennelementen läuft“, erklärte GKSS-Sprecher Torsten Fischer am 10. August 2010 gegenüber der Lauenburgischen Landeszeitung. Aus Sicherheitsgründen halte man den genauen Transporttermin geheim, der jedoch ohne jeden Wachschatz stattfindet. Wolfgang Rath von der Lauenburgischen Landeszeitung kommentiert das so:

„Unzählige ‚schmutzige Bomben‘ ließen sich aus den 45 Brennelementen bauen. (...) Jeder Lastwagen, der nur wenige Zentimeter zu breit oder zu lang ist oder etwas zu viel wiegt, darf nur mit Polizeieskorte auf deutsche Straßen. Hoch radioaktiver Müll wird dagegen einfach so durch die Lande kutschiert. Der Um-

Atopolitik

Erst Hennenhöfer, jetzt auch noch Thomauske

Atomfilz beim Endlager Gorleben. Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: „Röttgen will Gorleben durchboxen“

Mit großer Empörung reagierte die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) auf die Entscheidung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), Dr. Bruno Thomauske an einer „Eignungsprognose“ für das geplante Endlager Gorleben mitwirken zu lassen. Finanziert wird diese „Eignungsprognose“ vom Bundesumweltministerium.

„Der Filz erreicht unter Bundesumweltminister Norbert Röttgen eine neue Qualität“, kommentiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke die Personalentscheidung. Thomauske wechselte einst vom Bundesamt für Strahlenschutz (BFS) zum Atomstromkonzern Vattenfall. Dort war er Geschäftsführer der Atomsparte im Vattenfall-Konzern, als in dessen Reaktor Krümmel bei Hamburg ein Transformatorenbrand ausbrach und einen gefährlichen Zwischenfall verursachte. Nach massiven Vorwürfen wurde Thomauske deshalb von seiner Funktion entbunden. Zur Zeit hat er einen Lehrstuhl an der Technischen Hochschule Aachen, der vom Energiekonzern RWE gesponsert wird.

Unter Minister Norbert Röttgen (CDU) leitet zudem Gerald Hennenhöfer die Abtei-

lung für Reaktorsicherheit des Umweltministeriums. Hennenhöfer war früher für den Stromkonzern Viag tätig, einen Vorgänger von Eon, und setzt sich jetzt nicht nur für die Weiterführung der Arbeiten in Gorleben, sondern auch für eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ein.

Bruno Thomauske forderte beispielsweise bei der Inbetriebnahme des neuen Atommüllzwischenlagers am AKW Brunsbüttel, die Erkundungen im Gorlebener Salzstock sollten wieder zügig fortgesetzt und das Genehmigungsverfahren zum Abschluß gebracht werden (www.castor.de/presse/ejz/2006/februar/09b.html).

BI-Sprecher Ehmke erinnert: Thomauske sei nicht nur vorgeeignet, er sei ein Atom-Lobbyist. Floskeln wie Transparenz, Ergebnisoffenheit und Bürgerbeteiligung würden durch derartige Personalentscheidungen sowie durch die Absicht, ab 1. Oktober 2010 im Salzstock Gorleben die Bauarbeiten wieder aufnehmen zu lassen, konterkariert. „Unsere Einschätzung, wie wir die Einbindung von Atom- und Gorleben-Befürwortern bewerten, schwankt zwischen scham- und skrupellos“, sagte Ehmke. Rött-

gen, so werde klar, wolle auf jeden Fall Gorleben durchboxen. „Von Unvoreingenommenheit und Neutralität keine Spur.“

Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament und Mitbegründerin der Bürgerinitiative gegen das atomare Endlager Gorleben, wirft Bundesumweltminister Röttgen vor, mehr und mehr direkten Einfluß für ehemalige Mitarbeiter und Lobbyisten der Atomindustrie zu schaffen: „Die Idee, Bruno Thomauske mit der Erstellung des Sicherheitsberichtes zum Endlager Gorleben zu beauftragen, stinkt zum Himmel. Bruno Thomauske gilt nicht nur als schamloser Seitenwechsler, der wegen der atomkritischen Haltung der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung seine Position im Bundesamt für Strahlenschutz aufgegeben hat, um direkt für die Atomindustrie zu arbeiten. Auch in seiner Position als Chef der Atomsparte von Vattenfall konnte er sich nicht lange halten. Schon vor dem Ende seiner Kurz-Karriere bei Vattenfall wurde über Inkompetenz gemunkelt. Entscheidend für seinen Rauswurf bei Vattenfall war seine Rolle während der schweren Störfälle in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel. Bruno Thomauske glänzte selbst während des Feuers in Krümmel durch das Herunterspielen der Ereignisse. Ungenügende Informationen und eine Vorliebe für Intransparenz kennzeichneten die Methode Thomauskes.“

Für die Bürgerinnen und Bürger rund um das geplante Endlager Gorleben ist seine Berufung eine unerträgliche Provokation, meint Frau Harms. Im Kontext mit der Entscheidung, Herrn Hennenhöfer mit der Leitung der Abteilung Reaktoraufsicht zu betrauen, sei die Personalpolitik von Norbert Röttgen reif für eine Überprüfung durch LobbyControl. Hennenhöfer